Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Die 26 mm breite Zeile kostet 0.30 Reichsmark, für auswärts 0.35 Reichsmark. Die Reklamezeile im Anschluß an redaktionellen Text, 79 mm breit, kostet 1.50 Reichsmark, für auswärts 2.00 Reichsmark. – Die Briefgebühr für Buchstabenanzeigen beträgt 0.10 Reichsmark. – Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen kann eine Gewähr nicht übernommen werden.

Bezugspreise: Für den halben Monat bei freier Zustellung durch Boten 1 R.-Mark. Postbezug für Monat November 2.00 Reichsmark, für die Tschecho-Slowakei monatlich č Kr. 15. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich 0.90 Reichsmark, nach dem Auslande 1.20 Reichsmark. Einzelnummer 10 R.-Pfennig

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstr. 4. • Fernruf: 20024, 27981, 27982, 27983. • Telegramme: Neueste Dresden. • Postscheck: Dresden 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Nr. 274 — Dienstag, 23. November 1926 — XXXIV. Jahrg.

Englische Vermittlung in der Kontrollfrage?

Die Verhandlungen über die Große Koalition im Reich gescheitert – Immer größere Schwierigkeiten für die Regierungsbildung in Sachsen – Die neue Verfassung des britischen Weltreichs

Keine Große Koalition

B. Berlin, 22. November. (Eig. Drahtber.)

Es scheint, daß die Koalitionsverhandlungen im Reich ins Stocken geraten sind oder zum mindesten sich dem toten Punkt nähern. Zwar wird uns auch von durchaus zuständiger Seite bestätigt, daß in der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion nun die Mehrheit für die Beteiligung an einer Großen Koalition sei. Aber in den bürgerlichen Parteien, vorab in der Deutschen Volkspartei, melden sich zur Zeit doch noch so viele Bedenken, daß man es nicht für opportun hält, jetzt die Dinge übers Knie zu brechen. Erfreulicherweise hat man den Eindruck, daß die Sozialdemokraten den Ernst der Lage zu begreifen beginnen und eine Verschärfung der Situation nicht wünschen. Man möchte keine Auflösung, und man ist sich auch durchaus der Gefahren bewußt, die das fortgesetzte Krisenspiel heraufbeschwören könnte. Es ist mithin also wohl damit zu rechnen, daß die vorweihnachtliche Sitzungsperiode ohne besondere Erschütterungen vorüberziehen wird.

Die „Welt am Montag" berichtet heute, Dr. Marx habe die Wiedereinführung des Postens eines Vizekanzlers vorgeschlagen und der Sozialdemokratie reservieren wollen. Die Sozialdemokraten indes hätten auf diesen Posten keinen Wert gelegt, vielmehr den Posten des Reichswehrministers wie den des Reichsarbeitsministers verlangt. Das Zentrum habe wiederum gegen einen sozialdemokratischen Reichsarbeitsminister Einwendungen erhoben, die Volkspartei gegen einen sozialdemokratischen Wehrminister. Aus all diesen Gründen habe man sich nicht geeinigt, und so wolle Herr Marx vorläufig bis Weihnachten versuchen, seine Minderheitsregierung mit Hilfe der wohlwollenden Neutralität der Sozialdemokratie aufrechtzuerhalten.

•

Dr. Stresemann und die „Deutsche Allgemeine Zeitung"

• Berlin, 22. November. Vor einigen Tagen wurde die Reichsregierung vom Sozialdemokratischen Pressedienst befragt, ob es wahr sei, daß der „D. A. Z." seit mehreren Monaten aus Reichsmitteln monatlich 75 000 bis 90 000 M. zur Verfügung gestellt würden, obwohl das Blatt einseitig die Politik der Rechtsparteien vertrete. Daraufhin wurde von zuständiger Stelle folgende wenig klare Auskunft gegeben:

„Es ist bekannt, daß zwischen dem gesamten Verlagsunternehmen der „D. A. Z." und der preußischen Regierung seinerzeit gewisse Vereinbarungen getroffen worden sind. Von diesen Vereinbarungen ist ein Teil von Reichsstellen übernommen worden. Aus diesen Beziehungen hat sich jedoch keinerlei Einflußnahme auf die Aenderungen der innerpolitischen Haltung ergeben. Ueber die geschäftliche Frage der Angelegenheit muß der Verlag sich äußern."

Darauf veröffentlichen das „B. T." und andre Blätter weitere Einzelheiten über die Beziehungen zwischen der Reichsregierung und der „D. A. Z.". Es wird behauptet, Dr. Stresemann habe es unternommen, die beträchtlichen Fehlbeträge dieses Unternehmens zu decken. Es sei beschlossen worden, diese Fehlbeträge zu zwei Dritteln aus einem Fonds des Auswärtigen Amtes und zu einem Drittel aus dem Fonds der Reichskanzlei zu decken. Die Zahlungen der Reichskanzlei seien zunächst unter Vorbehalt erfolgt, da die Einwilligung des Reichskanzlers noch nicht vorlag. Als Dr. Marx von der Vereinbarung hörte, habe er gegen die eingegangene Verpflichtung Protest eingelegt. In einer klärenden Aussprache im Kabinett sei es jedoch noch nicht gekommen, da Dr. Stresemann vor einigen Wochen bekanntlich an einer Grippe erkrankte. Inzwischen soll es, wie das „Berliner Tageblatt" berichtet, Dr. Stresemann gelungen sein, in industriellen Kreisen anderweitig Gelder flüssig zu machen, die für die „D. A. Z." verwendet werden sollen. Man nehme an, daß die Zuschüsse der Reichskanzlei aus diesem Fonds zurückgezahlt werden sollen oder bereits zurückgezahlt worden seien.

Wie der „Montag Morgen" berichtet, will Dr. Stresemann heute im Auswärtigen Ausschuß über die Angelegenheit sprechen. Die Erklärung des Ministers ist nach derselben Quelle im Einvernehmen mit dem Kanzler formuliert worden. Mit Rücksicht auf die Vertraulichkeit der Verhandlungen des Auswärtigen Ausschusses, die wenigstens als Fiktion ja immer noch besteht, beabsichtige der Minister, seine Erklärungen auch noch der Presse abzugeben.

Chamberlains Genfer Pläne

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. Paris, 22. November

Nach Londoner Meldungen beschäftigt man sich in England stark mit der Frage einer Vermittlungsaktion, die Chamberlain in der nächsten Völkerbundsratssitzung im Dezember zwischen Frankreich und Deutschland hinsichtlich der Frage der Militärkontrolle unternehmen soll. Man ringt sich in England immer mehr zu der Ansicht durch, daß Deutschland mit dem Eintritt in den Völkerbund gleiche Rechte wie die übrigen Mitglieder des Genfer Bundes zu erhalten hat, und daß es an der Zeit sei, den Streitigkeiten über die Rheinlandbesetzung und Entwaffnungskontrolle ein Ende zu bereiten. Von einer willkürlichen Auslegung des Art. 213 des Versailler Vertrags, als ob darin von einer ständigen Kontrolle des Völkerbundes die Rede sei, kommt man immer mehr ab. Auf Grund der Tatsache, daß Deutschland bei der Ausarbeitung des Investigationsreglements nicht teilgenommen hat, anerkennt man die Berechtigung der Vertreter Deutschlands, nach dem Eintritt des Reichs in den Völkerbund in dieser Frage mitzusprechen und ihre berechtigten Einwürfe geltend zu machen. Chamberlain, der seine Vermittlerrolle schon während der Locarno-Konferenz mit großem Erfolg gespielt hat, hoffe auch bei der nächsten Völkerbundstagung in Genf dankbare Arbeit zu finden.

Trotzdem die Frage der Militärkontrolle nicht offiziell auf dem Programm der Ratstagung steht, ist es sicher, daß die privaten Besprechungen zwischen den Staatsmännern über alle Probleme, die mit der Entwaffnung und dem Ueberwachungsausschuß in Zusammenhang stehen, die weitaus wichtigsten Ereignisse der Genfer Tagung darstellen werden. Die Persönlichkeit des britischen Außenministers scheint geeignet, eine Versöhnung zwischen den widerstreitenden Ansichten, die zu einer Trübung der Locarno- und Thoiry-Politik führen könnten, herzustellen. Man verhehlt sich zwar in London nicht, daß von einer endgültigen Klärung der Angelegenheit während der Dezembertagung nicht die Rede sein kann, aber man ist überzeugt, daß die Unterhaltungen, die Chamberlain mit Briand und Stresemann führen wird, den Weg zu einer Verständigung öffnen werden.

In Paris ist man allerdings vorläufig weit davon entfernt, diesen englischen Optimismus zu teilen. Die politischen Kreise versteifen sich noch immer auf die Formel, daß Deutschland erst einmal alle Entwaffnungsbedingungen erfüllen müsse, ehe es überhaupt berechtigt sei, eine Aenderung des gegenwärtigen Regimes zu fordern.

•

Der kletternde Frank

Frankreichs neue Aengste

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. Paris, 22. November

Der französische Frank hat seine Kletterpartie energisch fortgesetzt. In wenigen Tagen stieg er von etwa 170 gegen das Pfund auf 190 und teilweise sogar noch etwas höher. Die auf die Hebung des Devisenniveaus gerichtete Politik Poincarés ist also nicht ohne Erfolg geblieben. Aber den Franzosen, die gläubig alles hingenommen haben, was Poincaré ihnen als notwendig dargelegt hatte, beginnt es jetzt doch unheimlich zu werden. Die Angst vor dem Abgrund, der vor etwa einem halben Jahre dem gehetzten Franken drohte, ist abgelöst von der Beklemmung, die sich als Folge seiner Aufwertung nun einstellt. Die heutige Morgenpresse befaßt sich bereits eingehend mit den in verschiedenen Teilen Frankreichs auftretenden Symptomen der Arbeitslosigkeit. Nach einer Statistik sind bereits in Paris selbst 14 000 Arbeiter ohne Beschäftigung. Infolge der katastrophalen Hausse des Franken verlangsamen zahlreiche Fabriken ihre Produktion. „Ere Nouvelle" glaubt zu wissen, daß die Regierung bereits gewisse Vorschläge geprüft habe, um im Falle einer stärkeren Ausbreitung der Arbeitslosigkeit bereit zu sein. Dasselbe Blatt veröffentlicht die Mitteilung einer hohen Finanzpersönlichkeit, die Poincaré vor den Folgen der Hausse ernstlich warnte und darauf aufmerksam machte, daß die Möglichkeit einer schweren Baisse, wie sie im November vorigen Jahres nach einer Aufwärtsbewegung des Franken eingetreten ist, auch diesmal zu befürchten ist. Sämtliche Blätter sprechen die Ueberzeugung aus, daß die gegenwärtige rapide Aufwärtsbewegung des Franken auf Spekulationsmanöver des Auslandes zurückzuführen ist.

Der politische Skandal in England

Lord Beaverbrook Verfasser der „Flüstergalerie"?

Telegramm unsres Korrespondenten
Nachrichten

RF. London, 22. November

Die am Freitag erschienenen aufsehenerregenden Enthüllungen eines anonymen Diplomaten aus dem Privatleben der bekanntesten Männer des englischen öffentlichen Lebens, über die schon am Sonnabend berichtet wurde, sind zwar auf Veranlassung des geheimnisvollen Autors noch im Laufe des gestrigen Tages aus dem Handel zurückgezogen worden, doch hat dieser Schritt die Erregung des Publikums nur noch gesteigert. Die Lektüre des Buches zeigt, daß die „Flüstergalerie" noch weit interessanter ist, als sie nach den Ankündigungen der Presse zu sein schien. Die ganze äußere Aufmachung könnte zunächst auf einen geschäftstüchtigen Bluff schließen lassen. Doch sind die einzelnen Teile der Skandalschrift mit einer so intimen Kenntnis der Persönlichkeiten, Oertlichkeiten und Gebräuche geschrieben, daß sie ein Außenstehender unmöglich verfaßt haben kann. Im Mittelpunkt der fieberhaften Bemühungen steht natürlich die Frage, wer der große Unbekannte ist, der den Souveränen des englischen Olymp diesen furchtbaren Streich gespielt hat. Bisher ist in der Oeffentlichkeit noch kein Name aufgetaucht, der Wahrscheinlichkeit für sich hat. Ich bin jedoch von besonderer Seite darauf aufmerksam gemacht worden, daß sich die Vermutungen der beteiligten Kreise auf einen der größten englischen Pressemagnaten konzentrieren. Lord Beaverbrook wirklich selbst hinter diesem Tagebuch eines Diplomaten steht, wird kaum festzustellen sein, doch deuten verschiedene Anzeichen darauf hin, daß er der Veröffentlichung keinesfalls fernstehen kann. Er hat übrigens bekanntlich im vorigen Jahre bereits ein ähnliches Buch sogenannter Enthüllungen herausgegeben. Tatsache ist jedenfalls, daß die Blätter Beaverbrooks in der Angelegenheit der Flüstergalerie eine auffallende Zurückhaltung gezeigt haben, die von der Stellungnahme der gesamten übrigen Presse scharf absticht.

Kündigung des englisch-russischen Handelsvertrages?

Telegramm unsres Korrespondenten

eh. Paris, 22. November

Der Kontinentalausgabe der „Daily Mail" zufolge, gibt man in der englischen konservativen Partei dem Wunsche von neuem in verstärktem Maße Ausdruck, den englisch-sowjetrussischen Handelsvertrag zu kündigen. Der Einfluß Moskaus im Bergarbeiterstreik ist nach dem parlamentarischen Mitarbeiter des Blattes derart offen zutage getreten, daß es logisch wäre, von der im Vertrage enthaltenen Kündigungsklausel Gebrauch zu machen. Eine Reihe englischer Minister, – Winston Churchill, Lord Birkenhead und sogar der Premierminister Baldwin selbst –, haben die Notwendigkeit anerkannt, die Pläne der Sowjetagenten zu durchkreuzen. Es steht jedoch nicht fest, ob sich im Kabinett eine Mehrheit für die Auflösung des englisch-russischen Handelsvertrages finden wird. Namentlich im Foreign Office wird von einem solchen Schritt dringend abgeraten.

Danzig und der Korridor

Von Armand Charpentier (Paris)

Armand Charpentier, der zu den bekanntesten politischen Schriftstellern des demokratischen Frankreichs gehört, stellte unserm Pariser eh.-Korrespondenten nachstehenden Artikel zur Verfügung.

Die Redaktion

Alle Völker Europas, nicht nur die besiegten, sondern auch die siegreichen und neutralen, haben seit dem Ende des Krieges das deutliche Empfinden, in einem Zustand der Verwirrung und der Ungewißheit zu leben. Dieses europäische Unbehagen hat zahlreiche und verwickelte Ursachen. Zum größten Teil ist es jedoch auf die Friedensverträge zurückzuführen.

Wir sind in Frankreich alle in der Erkenntnis einig, daß der Friede schlecht begründet wurde. Aber wenn auch jedermann die Verträge kritisiert, so haben doch die Kritiken nicht alle denselben Sinn. Die Nationalisten bemängeln an ihnen, daß sie nicht schwer genug auf den Besiegten lasten und diese ihre Niederlage nicht noch stärker fühlen lassen. Dagegen bedauern wir, daß diejenigen, die über die Zukunft der Völker zu entscheiden hatten, die vom Präsidenten Wilson verkündeten Grundsätze vollkommen beiseite schoben. Am 22. Januar 1917 erklärte Wilson vor dem amerikanischen Senat, der Friede müsse ein „Friede ohne Sieg" sein, und fügte hinzu, ein Zwangsfriede würde für die Besiegten eine Demütigung bedeuten und in ihren Herzen Haßgefühle bestehen lassen. Nur ein Vertrag unter Gleichberechtigten werde dauerhaft sein. Das ist der Friede, den wir gern verwirklicht sehen möchten. Um dieses Ziel zu erreichen, hätten jedoch die Siegermächte, statt sich zu alleinigen Richtern aufzuwerfen – solche einseitige Richter neigen zur Parteilichkeit oder sind zum mindesten Irrtümern zugänglich –, den Besiegten das Recht zugestehen müssen, an der Ausarbeitung der Verträge mitzuwirken. Weil die Alliierten den Rechtsgrundsatz, daß kein Angeklagter verurteilt werden darf, ohne angehört zu werden, verschmäht haben, befinden sie sich heute in einer Lage, die merkbare Aehnlichkeit mit derjenigen aufweist, die den besiegten Völkern durch die Friedensverträge auferlegt wurde.

Die in diesen Verträgen enthaltenen Irrtümer sind sehr zahlreich. Angesichts der Mentalität ihrer Verfasser, deren Hauptbestreben die möglichst vollständige Zerstückelung der besiegten Nationen war, konnte es nicht anders sein. Einerseits proklamierte man, um die Idealisten für sich zu gewinnen, die der Verlängerung des Krieges nur zugestimmt hatten, um den Militarismus in Europa zu vernichten, den Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker. Anderseits aber machte man dem Imperialisten Zugeständnisse, die den Waffenstillstand für verfrüht hielten, und hob jenen Grundsatz auf, indem man die besiegten Länder zerstückelte, beschnitt und mehr oder weniger phantastische Annexionen durchsetzte.

In dieser Hinsicht sind die Artikel 100 bis 108 des Versailler Vertrages, die sich auf die Wiederherstellung Polens beziehen, besonders charakteristisch. Der Wunsch der Polen, ihre frühere nationale Einheit wiederherzustellen, war unzweifelhaft berechtigt. In diesem Punkte herrschte überall Einstimmigkeit. Aber diese Einheit konnte in verschiedener Weise verwirklicht werden. Wenn die in Versailles tagenden Diplomaten ihren Blick auf die Zukunft gerichtet hätten, statt sich ausschließlich an die Vergangenheit zu halten, so hätten sie die Frage aufwerfen können, ob die Stunde nicht außerordentlich günstig war, um nach Beendigung des Krieges die erste Staatenkonföderation anzubahnen, der sich die polnische Nation hätte anschließen können. Natürlich wäre diese Angliederung auf Grund des Selbstbestimmungsrechtes, nur mit der Einwilligung Polens, d. h. nach einer vom Völkerbund veranstalteten Volksabstimmung, erfolgt.

Aber statt einen solchen großzügigen Plan ins Auge zu fassen, beschränkten sich die Alliierten darauf, das alte Polen wiederaufzurichten und sogar über seine historischen Grenzen hinaus zu vergrößern. Sodann schnitten sie, um Polen einen Zugang zum Meer zu sichern, Ostpreußen durch einen breiten Korridor vom übrigen Deutschland ab und machten aus Danzig, einer rein deutschen Stadt, einen sogenannten Freistaat.

Diese willkürliche Regelung bildet eine der Hauptursachen des europäischen Unbehagens. Es soll hier nicht näher auf die Frage der nationalen Eigenliebe eingegangen werden, die für mich als Internationalisten nur eine untergeordnete Bedeutung hat. Ich bin Anhänger einer möglichst schnellen Gründung der Vereinigten Staaten von Europa und glaube – wie

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19261123/1